

Verzicht auf Teuerungszuschläge beizutragen, ist unerfüllbar, wenn die Umsätze, die überhaupt noch in Büchern getätigt werden können, in immer mehr neue Kanäle geleitet werden. Wird der Buchhandel aber krank, so kann er die Kulturaufgabe, der er, was nicht bestritten werden kann, sich oft in selbstloser Weise, mit geringem persönlichen Nutzen, gewidmet hat, in Zukunft nicht mehr erfüllen. Der Straßenhandel mit neuen und alten Büchern, wie er jetzt üppig blüht, ist nur einer der verschiedenen Schädlinge, vielleicht aber der gefährlichste. Das Publikum kauft nur in seltenen Fällen vorteilhaft, da die Preise bei alten Werken meist durch eine Art Kettenhandel in die Höhe getrieben worden sind, neue Werke jedoch vom Verlag nur mit der Bedingung zur Einhaltung der vorgeschriebenen Verkaufspreise geliefert werden. Oft läßt es sich nur durch die suggestive Wirkung des Angebots zu Käufen verleiten, die es später bereut.

In der gleichen Zeitung nahm darauf auch die Firma »Bücherzelt. Robert Bauer« das Wort. Sie stellt sich vollkommen auf den Standpunkt der Berliner Vereinigung, die als erste Forderung die Ausmerzungen der nicht qualifizierten Elemente aus dem Gesamtbuchhandel hinstellt und den Straßenbuchhandel, der Ramschware auf den Markt wirft, verurteilt. Die »Bücherzelle« wollen aber — so wird ausdrücklich betont — durchaus nichts mit diesen Straßenbuchhändlern zu tun haben, sie wollen vielmehr die Prinzipien des Qualitätsbuchhandels gerade zur Bekämpfung der Schundware auf den Straßenbuchhandel übertragen, »um das Straßenpublikum für das Qualitätsfortiment abzufangen, statt es ihm zu entfremden«. Die Firma teilt mit, daß sie sich aus diesem Grunde auch dem Gesamtbuchhandel angeschlossen habe und »peinlichst« die Zuschlagsbestimmungen des Börsenvereins innehalte, es sei also geradezu grotesk, sie »als Feind« behandeln und von der Belieferung von den »anständigen« Verlegern ausschließen zu wollen. In der Erwiderung heißt es dann weiter:

»Man könnte vielleicht eingewandt werden, daß die Bücherzelle mit weit geringeren Unkosten arbeiten als die Buchhandlungen, und schon deswegen vor diesen einen gewissen, im Interesse der Gleichheit der wirtschaftlichen Grundlagen nicht wünschenswerten Vorsprung haben. Wenn aber die Ladenmieten auch noch so hoch sind, bleibt doch immerhin zu bedenken, daß auch die neue Unternehmung nicht nur Bureau und Bureaupersonal, sondern zudem noch einen Lagerraum und eine Remise unterhalten muß, und daß sie an sechs Verkäufer feste Gehälter zu zahlen hat. Der monatliche Etat dürfte auf keinen Fall niedriger sein als der einer durchschnittlichen Ladenbuchhandlung, während der Umsatz bei Innehaltung des Sortimentszuschlags den Umsatz eines Buchladens kaum um ein Nennenswertes übersteigt.

Alle anderen Beschwerden sind gegenstandslos und irreführend. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Bücherzelle vielfach vor den Buchhandlungen halten und dort die Kunden wegzufangen suchen. Die Bücherzelle haben feste Standorte; und nur ein einziger Wagen steht — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — in der Nähe eines Buchladens, und zwar nicht vor ihm, sondern ihm gegenüber.

Ich möchte mich in meinem Urteil weder der einen noch der anderen Partei anschließen, glaube aber doch, daß man der Einführung der »Bücherzelle« nicht allzu »feindlich« gegenüberstehen sollte, ehe man nicht sieht, daß gutem Willen schlechte Tat folgt. Jedenfalls erscheint mir die Grundidee der Bücherzelle gesund; wie es mit dem Erfolg sein wird, steht dahin.

Die Ausstellung »Das deutsche Buch«, die im vergangenen Jahre in Frankfurt a. M. mit großem Erfolge veranstaltet wurde, wird im Herbst in Berlin wiederholt werden. Veranstalter sind die Lessing-Hochschule und die Gesellschaft für Auslandsbuchhandel. In einer Sonderausstellung werden bei dieser Gelegenheit durch die ehem. Königl. Hausbibliothek die Bibliotheken Friedrichs des Großen und der Königin Luise gezeigt werden. — Das Bücherverkaufsverbot für die Stadtbibliothek und die Volksbüchereien Großberlins ist nach fünfmonatigem Bestehen aufgehoben worden. Dafür ist eine

Einschränkungsvorschrift erlassen worden, nach der diese Bibliotheken zunächst nur ein Fünftel des im Vorjahre für den Ankauf ausgegebenen Betrages verbrauchen dürfen.

Unter dem Vorsitz des Direktors des Jugendpflegeamtes der Stadt Berlin ist ein Groß-Berliner Ausschuss zur Bekämpfung der Schundliteratur gebildet worden, der — wie der Magistrat mitteilt — mit wachsendem Erfolge gegen die ständig anschwellende Flut der sittlich minderwertigen literarischen Erzeugnisse gewissenloser, nur auf eigenen Vorteil bedachter Leute, sowie gegen üble Auswüchse des Kinowesens zu Felde zieht. Beachtenswert ist es, daß dieser Ausschuss eine Liste der gegenwärtig in Berlin besonders verbreiteten Schundheftreihen und ein Verzeichnis guter billiger Bücher für die Jugend herausgegeben hat. Die beiden Verzeichnisse sind zum Preise von je 30  $\text{M}$  im Städtischen Jugendpflegeamt, Berlin C., Friedrichstraße 80, erhältlich. — Eine für die 26 Berliner Bühnen wichtige Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht gefällt. Im Einverständnis mit diesen Bühnen hatte das Thalia-Theater einen Rechtsstreit eingeleitet, um festzustellen, ob die Berliner Theaterleitungen auch jetzt nach der Aufhebung der Zensur noch verpflichtet sind, dem Berliner Polizeipräsidenten täglich eine Loge unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Der hierfür zuständige Bezirksausschuss hob die Verfügung auf, das Oberverwaltungsgericht verwarf die vom Polizeipräsidenten eingelegte Berufung. — Die Berliner Künstlerschaft fordert in einer Eingabe an das Kultus- und Finanzministerium die Beseitigung des Eintrittsgeldes für die staatlichen Museen, weil diese kulturfeindliche Maßnahme das Verständnis für Kunst und den Kunstgenuss im Volke erschwert. — Als neue rechts gerichtete Abendzeitung erscheint seit dem 1. Mai »Der deutsche Herold«. Als Herausgeber zeichnet der frühere Geschäftsleiter und Hauptschriftleiter der »Deutschen Zeitung«, Reichstagsabgeordneter Reinhold Wulle. — Im Oktober d. J. findet in Honolulu der erste Weltkongress seit Kriegsausbruch statt. Auf Beschluß des amerikanischen Parlaments wird der Staatssekretär der Vereinigten Staaten allen Nationen Einladungen zugehen lassen.

Berlin-Wilmersdorf, Mitte Mai 1921.

Otto Riebiere.

### Eingabe der Vereinigung Wiener Antiquariatsbuchhändler gegen die Luxussteuer.

Wien, den 19. Mai 1921.

Die unterzeichnete Vereinigung der Wiener Antiquare sieht sich auf den in der Öffentlichkeit bekanntgegebenen Vorschlag einer 15prozentigen Luxussteuerabgabe veranlaßt, in kurzen Worten die durchaus verfehlte und gefährliche Wirkung einer solchen Steuer auf das Wiener Gewerbe und speziell auf den Antiquariatsbuch- und Kunsthandel darzulegen.

Wien ist bisher trotz aller Verkehrsschwierigkeiten und bürokratischen Handelshemmnissen das Zentrum des Buch- und speziell Seltenheitenhandels des ganzen ost-mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes geblieben, und zwar gerade durch die überlegene Qualifikation des Wiener Handels über die weniger geschulten und leistungsfähigen einschlägigen Geschäfte in den Entzessionsstaaten und dem Balkan. Bisher war es daher den Wiener Antiquaren trotz höherer Steuerbelastung und größerer Spesen im allgemeinen möglich, Wien als Einkaufszentrum für die Käufer aus dem ganzen Gebiete der ehemaligen Monarchie und weit darüber hinaus auf seinem früheren Stande zu erhalten, genau so, wie es das ebenso bedrohte Galanterie- und Luxusgewerbe verstanden hat, durch die Qualität seiner Arbeit und die Überlegenheit seines Geschmacks seine hergebrachte Stellung zu wahren. Durch eine 15prozentige Umsatzsteuer würden diese Geschäftsleute, die gewiß mit zu den leistungsfähigsten Steuerträgern Wiens gehören, gegenüber der Prager, Budapestter, Agramer usw. Konkurrenz nicht mehr auskommen können. Es würde sich gerade für den wichtigeren Teil des Wiener Buch- und Kunsthandels, der den internationalen Markt mit Ware nicht allein österreichischer, sondern auch böhmischer, deutscher, ungarischer usw. Provenienz versorgt, die gebieterische Notwendigkeit ergeben, ihren Sitz sofort von Wien wegzuverlegen und ihre Geschäfte entweder von einer österreichischen Provinzstadt oder von einem der Rationalstaaten aus, so gut es eben geht, weiterzuführen.